

**Kloster Mor Gabriel - die aktuelle Situation der Christen in der
Türkei
Vortrag im Suryoye Kultur – und Sportverein Augsburg
am 25. Juni 2010**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
meine lieben Freunde,

zunächst einmal möchte ich vorausschicken, dass, wenn ich hier in diesem Vortrag von **syrischen Christen** spreche, die **Suryoye/Assyrer/Aramäer/Chaldäer** gemeint sind. Die konfessionellen Spaltungen und Streitigkeiten möchte ich hier ganz bewusst außer Acht lassen. Für jeden neutralen Zuhörer aus dem Publikum dürfte es nämlich nicht nur mehr als verwirrend sein, diese Namensstreitigkeiten mitzuerleben, die mit einem gemeinsamen christlichen Volk und dem Ziel, als eine Nation zu gelten, nichts zu tun haben. Jedem sei es unbenommen, seine eigene Konfession zu haben, das ändert ja nichts daran, sich als eine Nation zu sehen, doch sollte eine gegenseitige Akzeptanz **aller** Konfessionen uneingeschränkt vorhanden sein.

„Was bewirkt ein einzelner Tropfen Wasser, wenn er alleine ist? Er verdunstet. Aber viele Tropfen, die aus verschiedenen Flüssen zusammenströmen, vereinen sich letztendlich zu einem Meer, das sich ausbreitet und als Ganzes nicht mehr zu unterdrücken und auszulöschen ist!“

Genauso ist es mit der syrisch-orthodoxen, katholisch-chaldäischen, ostkirchlichen oder wie auch immer konfessionellen Kirchengemeinschaft. Jede der genannten gehört dem Christentum an und diese Spaltungen wären auch sicherlich nicht im Sinne von Jesus gewesen. Zu seiner Zeit gab es keine schließlich noch keine Konfessionen. Jeder Christ gehört zwar heute seiner Kirche an, aber letztendlich sind wir eine christliche Gemeinschaft, die zusammenstehen muss. Nur so bilden wir ein starkes Christentum.

Auch wenn wir aus verschiedenen Quellen zusammenkommen, das Wasser ist das Gleiche. Es ist Süßwasser, das im Ozean mündet und so vereint durch seine Größe beinahe jeder Katastrophe widersteht.

Worum es aber heute hier geht, ist das Schicksal des syrisch-orthodoxen Klosters Mor Gabriel, aber auch die Situation der Christen aller Konfessionen in der Türkei.

Begeben wir uns nun also in Gedanken in die südöstliche Türkei, in den Tur Abdin, den so genannten "Berg der Gottesknechte", dem Teil der Südost-Türkei, in dem ehemals das Ur-Christentum seine Heimat hatte. Lassen wir uns verzaubern von einer wunderschönen Umgebung mit Mandelbäumen, von dieser unendlichen Weite des Landes, das sich vor den Augen des Beobachters ausbreitet. Und inmitten dieser Landschaft eines der ältesten Klöster der Welt, das 397 erbaut wurde und als Weltkulturerbe gilt: das syrisch-orthodoxe Kloster Mor Gabriel. Ein Kloster, in dessen Mauern die Beweise für das Urchristentum in diesem Teil der Erde, im ehemaligen Mesopotamien, dem Zwei-Strom-Land zwischen Euphrat und Tigris, verborgen liegen und in dem, auch nach fast 1700 Jahren, noch syrisch-orthodoxes Klosterleben, natürlich etwas modernisierter, beinahe ununterbrochen praktiziert wird. Ich selbst durfte dort diese Faszination des täglichen Ablaufs in diesen historischen Mauern miterleben.

Die ca. 75 Bewohner, Erzbischof Timotheus Samuel Aktas, die Lehrer oder Malfone, wie sie auch genannt werden, mit ihren Familien, Nonnen und Klosterschüler, führen hier ein Leben, wie es seit jeher Tradition ist. Sie bewirtschaften die Klostergärten, stellen viele Nahrungsmittel selbst her, so dass sie weitestgehend autonom sind. Sie feiern ihre Gottesdienste in der imposanten Klosterkirche und sprechen Aramäisch, die Sprache Jesu.

Das klingt alles sehr verträumt. Doch was so friedlich wirkt, ist ein Schein, der trügt. Denn seit Ende des Jahres 2008 ist dieses Kloster einem Enteignungsprozess unterworfen, der einhergeht mit zahllosen Gerichtsverhandlungen. Die letzte, die eine negative Entscheidung für Mor Gabriel brachte, fand am 24. Juni 2009 statt. Gegen dieses Urteil legte das Kloster Widerspruch ein. Seither sind es bereits 12 Prozesstage, die anberaumt wurden und zum größten Teil in Vertagungen endeten. Ein Zehren an den Nerven der Betroffenen.

Zuerst waren es drei kurdische Nachbardörfer, Yayvantepe, Eglence und Candarli, die im September 2008 Anspruch auf den Grund des Klosters erhoben haben. Angefangen mit Hetzbriefen, gingen die drei Dorfvorsteher mit Unterstützung von örtlichen Politikern der islamisch-konservativen AKP gegen die Rechtmäßigkeit von Land- und Gebäudebesitz des Klosters sowie gegen den Erzbischof vor. Die Grundstücksgrenzen, die bis Mitte des Jahres 2008 nie jemand angezweifelt hatte, wurden auf einmal neu vermessen und angeblichem EU-Standard angepasst, dies zu Ungunsten des Klosters.

Und damit kamen plötzlich unhaltbare Anklagepunkte dieser drei kurdischen Dörfer gegen das Kloster ins Spiel, um möglichst viel Grund und Boden außerhalb der Klostermauern für sich zu beanspruchen. Ein wesentlicher Punkt ist die Tatsache, dass das Kloster aber für diesen Landbesitz seit den Dreißigerjahren bis heute regelmäßig Steuern an den türkischen Staat bezahlt hat. Wie also kann es sein, dass jahrhundertealter Grundbesitz des Klosters auf einmal nicht mehr anerkannt wird, nachdem das Land nach so genannten EU-Regeln vermessen wurde, und dies, obwohl die Türkei bis dato noch nicht einmal Mitglied der EU ist. Warum also, so kann man sich fragen, wurden hier EU-Standards zur Vermessung verwendet? Die Gründe, warum diese Verfahren auf den Weg gebracht wurden, grenzen an Lächerlichkeit.

So soll Mor Gabriel, das nun ja, wie oben bereits erwähnt, schon 397 n.Chr. erbaut wurde, z.B. auf dem Boden einer zerstörten Moschee errichtet worden sein. Diese Anschuldigungen lassen sich eindeutig widerlegen durch historische Zahlen.

Denn, meine Damen und Herren, Moscheen kann es zu dieser Zeit noch gar nicht gegeben haben, da der Islam erst 622 n. Chr. entstanden ist. Hier stellt sich die Frage, ob diese Neuvermessungen nicht ein bewusst gelenktes Mittel des türkischen Staates waren, um die muslimischen Kurden und syrischen Christen, die zuvor friedlich in dieser Region zusammenlebten, gegeneinander aufzubringen? Und ob dies nicht auch als eine Art Rache der Türkei für die zähen EU-Beitrittsverhandlungen zu werten ist.

In den Anklageschriften stützten sich die Kläger auf Anschuldigungen, die durchblicken lassen, dass es ihnen nicht darum geht, Gerechtigkeit zu schaffen, sondern die vielmehr eine Vertreibung der Christen im Kloster zur Folge haben

sollen. An dieser Stelle möchte Ihnen einen kurzen Einblick in die einzelnen Verfahren so wie deren Verhandlungsdauer und Fülle von Prozesstagen geben, ohne jedoch einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. So wurde am 19. Dezember 2008 die erste Verhandlung im Streit um die Grundstücksgrenzen anberaumt. Kläger waren hier, wie bereits erwähnt, die drei kurdischen Dörfer Yayvantepe, Eglence und Candarli. Bereits nach wenigen Minuten fiel die Entscheidung: Vertagung auf den 11. Februar 2009. Dem einen Streit folgten nach und nach weitere Verfahren: Es wurde Strafanzeige gegen den Stiftungsvorsitzenden Kuryakos Ergün wegen des Baus der Klostermauer gestellt, der illegal erfolgt sein soll, um sich Staatsforst widerrechtlich anzueignen. Die Mauer war jedoch lediglich zum Schutz vor den kurdischen Viehherden errichtet worden, damit die Obst- und Gemüsegärten, die zur Selbstversorgung der Bewohner dienen, nicht zerstört werden sollten, aber auch, um PKK Kämpfer am Eindringen zu hindern. Hier wurde also wieder ein neues Verfahren geschaffen, das im Verbund als Straf- und Flurverfahren gesehen wurde. Der neue Gerichtstermin hierzu fand am 12. Januar 2009 statt. Ergebnis: Ebenfalls nach wenigen Minuten: Vertagung auf den 11. Februar 2009.

Am 29.01.2009 gab es eine weitere Klage der Staatskasse (Hazine) in Midyat an das Katastergericht Midyat. Darin forderte die Staatskasse eine Enteignung von weiteren Flurstücken, von denen bisher nicht die Rede war. Der türkische Staat erhob Klage mit der Absicht, das Brachland vor und hinter der Klostermauer zum Forst zu deklarieren. Das, obwohl hier nichts auf einen forstähnlichen Baumbestand hindeutet. Und Wald ist nun mal nach türkischem Recht Staatseigentum. Somit entstand das Waldverfahren.

An diesem Tag, dem 11. Februar gab es dann drei Verhandlungen. Verhandlungsdauer erneut jeweils nur 10 bis 15 Minuten. Und wieder wurden die Prozesse vertagt. Die Verfahren Flurstreit/ Grundstücksgrenzen auf den 04. März 2009, das Strafverfahren auf den 06. Mai 2009. Am 04. März dann wieder kein Ergebnis, stattdessen wurde das so genannte Waldverfahren mitverhandelt, bei dem eine Niederlage des Klosters ein Niederreißen der Mauer zur Folge haben würde. Und, wie nicht anders zu erwarten, wieder einmal Vertagung der Prozesse, diesmal auf den 22. Mai 2009. Also, relativ kurz vor den EU-Wahlen.

Das Straf- und Flurverfahren am 06. Mai wurde ebenfalls nicht entschieden und auch auf den 22. Mai verlegt. Und dann, am 22. Mai das Zuckerbrot. Die Klage der kurdischen Seite bezüglich der Grundstücksgrenzen wurde abgewiesen, und die Türkei stieg durch diese Entscheidung in der Gunst so mancher europäischer Prozessbeobachter. Aber warum wurde auf einmal so entschieden? Aus reiner Christenfreundlichkeit? Angesichts des nahenden Wahltermins kein Wunder, denn in der Hinterhand gab es ja noch die drei entscheidenden Prozesse. Bezüglich des Flurstreits und des Waldverfahrens wurde also an diesem Verhandlungstag auch wieder nicht entschieden.

Der neue Termin für das Waldverfahren wurde dann auf den 17. Juni, also kurz nach den Wahlen, festgesetzt. Und ... erneut verschoben. Vertagung auf den 24. Juni. Und am selben Tag, also dem 24. Juni dann auch die Verhandlungen im Straf- und Flurverfahren. Eine Zermürbungstaktik, wie sie für die etwa 75 Klosterbewohner angesichts ihrer unsicheren Zukunft schlimmer nicht sein konnte. Am 24. Juni gab es dann auch tatsächlich die Peitsche für das Kloster. Im Flurverfahren mussten die

Christen Landeinbußen von 24,4 ha Boden hinnehmen, da nach Gerichtsauffassung das mit einigen Dornbüschen bewachsene Brachland vor und hinter der Klostermauer Wald und somit nach türkischem Recht Staatseigentum sei.

Die beiden wesentlichen Prozesse um die Erhaltung des Klosters, nämlich um das Land innerhalb und außerhalb der Klostermauer wurden also verloren. Damit wäre der türkische Staat jederzeit berechtigt, die Klostermauer niederzureißen. Sollte das geschehen, dann hätte sich das "Christenproblem" von selbst erledigt, denn die Bewohner könnten nicht verhindern, dass die kurdischen Viehherden in die Gärten eindringen und diese zerstören. Damit wäre die Selbstversorgung des Klosters nicht mehr gewährleistet und die Christen gezwungen, das Kloster und somit ihre Heimat aufzugeben. Und nicht nur das: gehört das Land hinter der Mauer erst einmal dem Staat, dann ist nicht absehbar, was auf Dauer damit geschehen wird. Gegen dieses Urteil hat das Kloster aber beim Obersten Gerichtshof in Ankara Widerspruch eingelegt.

Erwähnenswert ist hier aber, dass am Tag der Urteilsverkündung die drei kurdischen Dörfer ebenfalls Berufung gegen die Entscheidung vom 22. Mai 2009 eingelegt haben.

Und drei Tage nach dem letzten Prozesstag erschienen in den Medien, wie z.B. im Münchner Merkur vom 27./28.06.2009, folgende Aussagen Erdogans bezüglich der EU-Mitgliedschaft:

"(...) Die Türkei kann die Haltung Deutschlands und Frankreichs nicht akzeptieren." sagte Erdogan in Brüssel. Das Konzept einer "privilegierten Partnerschaft" anstelle einer regelrechten Mitgliedschaft sei im EU-Recht nicht vorgesehen. "Unser Ziel ist volle Mitgliedschaft. Eine Alternative kommt nicht infrage."

Was bedeutet hier "kann die Haltung Deutschlands und Frankreichs nicht akzeptieren"? Wer solche Forderungen stellt, wie volle Rechte für die Muslime in Deutschland, der muss diese vollen Rechte auch den Christen in der Türkei gewähren, ohne Wenn und Aber! Selbst eine Partnerschaft beruht auf gegenseitigem eben und Nehmen! Doch diese Aussagen lassen sich eher einordnen als Manier von Befehlshabern, die ihre Forderungen stellen und Gehorsam erwarten.

Nun kann man sich angesichts dieser Äußerungen Erdogans berechtigt fragen, worum es der Türkei tatsächlich geht. Die Christen in der Türkei sind es jedenfalls nicht, die von einem EU-Beitritt der Türkei profitieren, denn diese Anerkennung ist und bleibt ihnen verwehrt.

Die Ereignisse der letzten Jahre sowie die gegenwärtigen Vorkommnisse sprechen hier Bände. Die Anhörung fand dann am 10. November in Ankara statt. Eine Entscheidung im Widerspruchsverfahren konnte aber angeblich nicht bis zum Termin für den Strafprozess in Midyat am 02. Dezember getroffen werden, da eigenartigerweise Unterlagen des zuständigen örtlichen Gerichts in Midyat fehlen würden. So wurde auch diese Verhandlung abermals vertagt auf den auf den 17. Februar 2010. Diese Verhandlung fand abermals nicht statt, sondern wurde für den 5. Mai 2010 anberaumt, wie erwartet, wieder ohne Ergebnis. Am 14. Juli wird Midyat nun zum wiederholten Male Schauplatz einer weiteren Gerichtsverhandlung. Es bleibt abzuwarten, ob diesmal eine Entscheidung fallen wird.

Ungeachtet dessen, haben diese Prozesse auch Unsummen verschlungen, indem man durch eine Vertagung nach der anderen die Verfahren künstlich in die Länge gezogen hat, einmal sogar mit dem Argument, man müsse zum Beten in die Moschee.

Man könnte sich hier fragen, ob dies nicht ebenfalls Mittel zum Zweck ist, um das Kloster auch finanziell in die Knie zu zwingen?

Und nicht nur das, denn je mehr man einen Prozess in die Länge zieht, desto schneller erlischt auch das internationale Interesse. Die Medien sind übersättigt mit der Thematik und ziehen sich daraus zurück. Nur vereinzelt erscheinen dann noch irgendwelche kleinen Berichte, die aber in der breiten Masse der Leserschaft kaum mehr wahrgenommen werden. Selbst die hiesigen Medien wagen es nicht, aufgrund der Brisanz und der derzeitigen Vorkommnisse in der Türkei, über dieses Thema zu berichten.

Sie sehen, meine Damen und Herren, welche präzise Systematik hinter diesen Prozessverläufen und den Verzögerungen der Verhandlungstermine steht. Wenn man nun beachtet, wie oft diese Terminverschiebungen stattgefunden haben, gerät man ins Grübeln, ob nicht auch dies als eine Art der Vernichtungstaktik gesehen werden kann, um die Christen freiwillig zum Verzicht auf ihre Rechte oder gar zum Verlassen des Klosters zu bewegen und auf diese Weise eine Kapitulation der letzten syrischen Christen im Tur Abdin zu erzwingen?

Man kann davon ausgehen, dass sich die Lage gerade in den Regionen im Tur Abdin insbesondere für die Christen nicht verbessert hat. Und dies nicht zuletzt, da durch den Gerichtsentscheid vom 22. Mai 2009 die Türkei vermeintlich die Kurden benachteiligt hat. So ist der Hass gegen die Christen noch weiter geschürt worden und die Türkei reibt sich die Hände. Einfacher sind Annexionen nicht durchzuführen als durch Hetzkampagnen – oder durch gezielte Aktionen wie einen Monat zuvor, nämlich am 24. April 2009 in Arkah geschehen, dem Tag, an dem des Völkermordes gedacht werden sollte. Dank der türkischen Regierung wurde dieser Tag zum Volksfest der großzügigen Landverteilung, um der EU zu zeigen, dass auch die Ansprüche von Landbesitzern anerkannt werden: die Christen erhielten das, was ihnen sowieso gehörte und die Kurden profitierten davon, indem sie Grundbesitz der Christen geschenkt bekamen.

Wieder eine Taktik mehr im reichhaltigen Schatzkästchen der türkischen Regierung, sich nach außen hin menschenfreundlich und offen darzustellen, und das auch noch mit Hilfe ahnungsloser ausländischen Gäste, so den Botschaftern aus Senegal und den Philippinen?

Auf welche Art und Weise also interveniert wird, um Feiern der Christen zu unterwandern, ist in diesem Zusammenhang kaum zu übersehen. Soviel zum Thema "Ausspielen" von Kurden und syrischen Christen gegeneinander.

Nachdem die Anhörung im Widerspruchsverfahren also erst für den 30. September 2009 anberaumt war, herrschte momentan Ruhe um die Vorfälle das Kloster betreffend, dafür kam es aber verstärkt zu Waldbränden in der Nähe von christlichen

Dörfern, die die lebensnotwendigen Güter wie Früchte, Gemüse, Bäume und traditionelle Dinge zerstörten.

Es ist und bleibt nach wie vor eine unumstößliche Tatsache, dass die Christen, nicht nur in der Türkei, sondern in sämtlichen Nah-Ost-Ländern, einer unabwendbaren Vertreibung und Zwangsislamisierung unterliegen, einer Art der schleichenden "Entchristianisierung im Zeichen Allahs", wenn nicht bald eine Kehrtwende in der Haltung gegenüber der christlichen Bevölkerung eintritt, die sich in Achtung und Respekt gegenüber den Christen äußert, wie die türkischen Muslime sie in Deutschland erwarten und fordern. Diese werden dort nicht als Menschen zweiter Klasse betrachtet, sondern genießen die Grundrechte in vollem Umfang und werden sogar noch unterstützt im Bau ihrer Moscheen. Nur das und nichts anderes wollen auch die Christen in ihren Heimatländern wie der Türkei - ihr Recht auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Diese Forderungen dürften jeden im Sinne der allgemeingültigen Gerechtigkeit und Menschenrechte ein Begriff sein. Dazu noch ein kleines Zitat aus einem Spiegel-Interview mit Recep Erdogan, welches am 19. April 2007 erschienen ist.

Erdogan hier wörtlich:

"In der Türkei haben die religiösen Minderheiten mehr Rechte als in Europa. Was können sie hier nicht ausleben in ihrem Glauben? Reißen wir etwa ihre Kirchen ab?"

Zurzeit leben in der Türkei ca. 76 Millionen Menschen (Schätzung 2007) auf einer Fläche von 774 815 qkm, also auf einem Gebiet, das mehr als der doppelten Größe Deutschlands entspricht. Die 120.000 indigenen Christen bilden einen Gesamtanteil von 0,14%. Ich beziehe mich hier auf Zahlen der IGFM von 2007.

Wenn man bedenkt, dass bei dem Genozid 1915 gegen den syrischen Christen, Armenier und Pontos-Griechen, der heute von türkischer Seite noch immer verleugnet wird, weit über 2,5 Millionen Christen in der Türkei getötet wurden, kann man verstehen, weshalb insbesondere diese Minderheiten in Angst vor einer neuen Bedrohung dieser Art leben, gerade im Hinblick auf die Art und Weise ihrer gesellschaftlichen und religiösen Position in ihrem Heimatland.

Aufgrund der fortdauernden Unterdrückung haben in den vergangenen Jahrzehnten etwa 300 000 syrische Christen das Land verlassen. Heute sind es nur noch insgesamt 100.000 – 120.000 indigene Christen in der Türkei, also weniger als ein Prozent der Gesamtbevölkerung. Davon sind ca. 15.000 – 20.000 syrische Christen (Schätzung von Dr. Kamal Sido, GfbV). Eine absolute Garantie für die Richtigkeit des Zahlenmaterials gibt es allerdings nicht aufgrund der ständigen Abwanderungen bzw. Rückkehr, die in den letzten Jahren stattgefunden haben. 2007 waren es 1.690 Syrische Christen, die im Tur Abdin leben, heute sind es ca. 2.000 bis 3.000, da sich aufgrund einer gewissen Rückkehrerquote die Zahl wieder leicht erhöht hat. Christen, die hoffen, in ihrer Heimat wieder Fuß zu fassen und auf die türkische Regierung und Erdogans Versprechungen bauen zu können. Doch inwieweit können sie Erdogan vertrauen angesichts seiner ehemaligen Position als Vorsitzender der 2001 vom türkischen Verfassungsschutz verbotenen islamisch fundamentalistischen Tugendpartei? Ist davon auszugehen, dass er seine Haltung innerhalb der letzten Jahre so grundlegend geändert hat, dass er sich tatsächlich für eine Demokratie im

Lande ausspricht, für die Religionsfreiheit auch für die Christen? Und gerade diese wenigen Christen, die im Tur Abdin geblieben oder zurückgekehrt sind, sehen sich aber trotzdem nach und nach dem Verlust ihrer letzten religiösen und kulturellen Begegnungsstätten ausgesetzt.

Im Tur Abdin existieren nur noch insgesamt sechs Klöster von den ehemals 78. Alle anderen wurden zerstört oder sind mit der Zeit verfallen, da ihre Bewohner geflüchtet sind und sie teilweise von der Regierung anderweitig benutzt worden sind. Die noch bewirtschafteten Klöster sind das bedrohte Kloster Mor Gabriel, in dem neben dem Bischof zurzeit 2 Mönche, ca. 13 Nonnen, die Familien dreier Lehrkräfte und weitere Mitarbeiter leben, darüber hinaus noch ca. 40 Kinder und Jugendliche, die auch im Kloster wohnen, und in der syrischen, arabischen und englischen Sprache sowie in Kirchengeschichte unterrichtet werden.

Dann das Kloster Deirulzafaran, das ca. 4 km östlich von Mardin liegt, dort gibt es einen Bischof und mehrere Mönche. Auch Schüler, die hier wohnen, erhalten dort Unterricht. Die anderen vier Klöster haben jeweils nur ein oder zwei Mönche oder Nonnen. Eines unter ihnen ist das Kloster Mor Malke in den Izlo-Bergen, in der Nähe von Arkah(Harabale). Hier wurden bei meinem Besuch im Februar 2008 Jahr noch 4 Schüler im Alter zwischen 8 und 13 Jahren unterrichtet.

Wie aber steht es nun wirklich um die aktuelle Situation und die Sicherheit der Christen in der Türkei?

"Während seines lange erwarteten Besuches in der Türkei Ende November 2006 betonte Papst Benedikt XVI. auch die Bedeutung der Religionsfreiheit und spielte so indirekt auch auf die zunehmende christenfeindliche Stimmung im Land an. Er sprach davon, dass Christen in der Türkei immer öfter als "innere Feinde" wahrgenommen und dargestellt würden. In solch einer Stimmungslage komme es dann leicht zu Angriffen auf Christen wie jenen im Jahr 2007." steht es im aktualisierten Länderportrait Türkei vom 05. Juni 2009 der Kirche-in-Not.

Die Inhalte der türkischen Verfassung, die die Türkei als einen „demokratischen, säkularen und sozialen Staat darstellt, der die Menschenrechte respektiert“ (Artikel 2) und der „vollkommene Freiheit des Gewissens und der religiösen Anschauung und Überzeugung“ gewährt (Artikel 24), stehen jedoch in krassem Widerspruch zu den tatsächlich praktizierten Umsetzungen.

Völlig rechtlos sind z.B. die Ostkirchen, wie die assyrische Kirche des Ostens, die chaldäische Kirche, die syrische- Orthodoxe Kirche und die maronitische Kirche, obwohl sie die ältesten Kirchen Anatoliens. Diese Kirchen haben weder das Recht, Schulen, Sozialeinrichtungen und Priesterseminare zu besitzen und zu verwalten, noch das Recht, Kirchen zu bauen. Das bestätigt auch die Deutsche Bundesregierung in ihrer Antwort auf die "Kleine Anfrage der Abgeordneten Bodo Ramelow, Dr. Hakki Keskin und der Fraktion DIE LINKE vom Januar 2009. In dieser Anfrage wird deutlich, dass nach wie vor die syrisch-orthodoxe Kirche wie auch nicht-sunnitisch-muslimische Religionsgemeinschaften keine eigene Rechtspersönlichkeit haben und dies entscheidend die Bemühungen um die Erhaltung der aramäischen Sprache und Kultur erschwert.

Man findet diese Restriktionen auch aufgelistet in einem 2004 verfassten Dokument der Europäischen Union zur Vorbereitung auf das Gipfeltreffen in Brüssel, in dem der Fortschritt in der Türkei bezüglich ihres angestrebten EU-Beitritts offen gelegt wurde. Von einer gleichberechtigten geschweige denn demokratischen Haltung den christlichen Minderheiten gegenüber ist hier keine Spur, weder zu diesem Zeitpunkt noch gegenwärtig.

Betrachtet man allein die Zahl der Übergriffe auf die christliche Bevölkerung in den letzten drei Jahren, geben diese alleine schon einen Überblick über die Situation, die keinesfalls entwarnend zu sehen ist. Ich gebe hier nur ein paar der gravierendsten Fälle wieder.

Januar 2007: Der armenische Herausgeber der zweisprachigen Wochenzeitung in Istanbul Hrant Dink wird beim Verlassen des Verlagsgebäudes regelrecht durch vier Schüsse hingerichtet. Bis heute ist dieser Mord noch nicht aufgeklärt worden.

Januar 2007: Unbekannte werfen sämtliche Fenster einer protestantischen Kirche in Samsun mit Steinen ein.

April 2007: In der zentralanatolischen Stadt Malatya werden drei evangelische Christen des Bibel-Verlags Zirve auf grausamste Weise ermordet. Der deutsche Missionar Tilmann Geske sowie die zwei konvertierten Türken Necati Aydin und Ugur Yuksel werden aufs Schwerste gefoltert und ihnen anschließend die Kehlen durchgeschnitten.

Unter Mordverdacht stehen fünf Studenten im Alter zwischen 19 und 20 Jahren. Als Motiv nennen die Männer Gründe, sie hätten für "ihre Heimat" gehandelt. Später folgen weitere sechs Verhaftungen, darunter Emre Günaydin, der Führer der Ülkü Ocaklari, der Jugendorganisation der Grauen Wölfe. Es wird vermutet, dass die ultranationalistischen Mörder "mit staatlichen Einrichtungen in Verbindung" stehen, die behaupten, die Türkei werde von Feinden im Inneren bedroht und die Missionare seien Agenten, die von anderen Staaten dafür bezahlt werden, die Türkei zu spalten. Die Fortführung des Prozesses gegen die Mörder war am 19. Februar 2010, in der es noch zu keiner Urteilsfindung kam. Die nächste Gerichtsverhandlung in diesem Fall fand am 15. April 2010 statt. Ich darf hierzu aus dem Bericht „Ein Mordprozess mit vielen Gesichtern“ von Gunnar Wiebalck, CSI Schweiz, vom 16. Juni 2010 zitieren, der an diesem Verhandlungstag vor Ort war:

„Einen solchen Prozess hat die Türkei noch nie gesehen. In dem zu 99 Prozent von Muslimen bewohnten Land betrachten viele Bevölkerungsteile Staat und Religion als Einheit, obwohl seit Atatürk die Trennung von Staat und Religion besteht. Wer Türke ist, der ist auch Muslim. Was aber, wenn Türken sich der christlichen Religion zuwenden? In den Augen vieler Staatsbürger ist dies etwas Illegales. Die Täter fühlen sich als Helden, sie glauben, dass ihnen der Staat sogar dabei helfen wird, den Gerichtssaal als freie und ehrenwerte Patrioten zu verlassen. Bei der Tat hatte jeder von ihnen einen Zettel in der Tasche, auf dem stand: "Wir haben es für unser Land getan".

September 2007: Ein Mann namens Semih Sahin wird verhaftet, als er gerade den Eingang einer protestantischen Kirche in Izmir in Brand stecken will. Der Pastor der Kirche ist der Schwager einer der beiden ermordeten Konvertiten in Malatya.

November 2007: Eine große Gruppe Waldarbeiter beginnt, die zu dem Priesterseminar auf Chalki gehörige Kapelle der Verklärung des Herrn aus dem 17. Jahrhundert niederzureißen, die gerade mit Genehmigung der örtlichen Behörden restauriert wurde. Die völlige Zerstörung der Kapelle kann im letzten Moment verhindert werden durch eine Beschwerde des Metropoliten Meliton, Leiter der juristischen Abteilung des Ökumenischen Patriarchats, beim Präfekten der Prinzeninseln.

Dezember 2007: Ein 19-jähriger Mann verletzt den Superior der Kustodie der Kapuziner in der Türkei mit mehreren Messerstichen vor der Kirche St. Antonius in Izmir. Pater Adriano Franchini, Rektor des Sanktuariums der Jungfrau Maria in Ephesus, soll ihm die Taufe verweigert haben.

Dezember 2007: Ein junger Mann bereitet den Mord an einem in Antalya tätigen türkischen protestantischen Pastor vor. Seine Aussage: "Missionare üben einen schlechten Einfluss auf unsere Jugend aus." Konvertiten zum Christentum werden als Verräter der türkischen Identität betrachtet.

Januar 2008: In der Stadt Samsun am Schwarzen Meer nimmt die Polizei den 17-jährigen Semih Seymen fest. Er wollte am nächsten Tag beim Sonntagsgottesdienst den protestantischen Pastor Mehmet Orhan Picakcilar töten. Der Pastor hatte aber nach mehreren telefonischen Drohungen die Polizei informiert, die daraufhin die Telefonnummer des Täters ermitteln konnte. Als der Täter dann in einem Telefongespräch mit einem Freund seine Tat ankündigte, griff die Polizei zu. (Quelle: Kirche-in-Not, Länderbericht Türkei)

November 2009: Nach dem umstrittenen Minarett-Verbot haben unbekannte Täter im Dorf Hapsus in der Südost-Türkei mit überwiegend muslimischer Bevölkerung den Kirchturm von St. Lazarus zerstört, ein christlicher Kaufmann aus Midyat wurde ebenso Opfer von Gewalt, als man ihn vor seiner Ladentüre verprügelte, weil er ein Feld aus Jahrhunderte altem Familienbesitz nicht verkaufen wollte.

In Diyarbakir wurde Priester Yusuf Akbulut von der St. Maria-Kirche von Maskierten bedroht, entweder Entfernung der 600 Jahre alten Kirchturmglöcke der Jungfrau Maria-Kirche oder sein Leben. Glücklicherweise wurden die Männer gefasst. Dieser Priester wurde bereits im Jahre 2001 inhaftiert, weil er sich in einem Interview mit der Zeitschrift "Hürriyet" zum Völkermord an den Armeniern und den syrischen Christen 1915 geäußert hatte.

Juni 2010: Am 03. Juni wurde der katholische Vikar und Bischof Msgr. Luigi Padovese in Iskenderun von seinem Fahrer ermordet. Er wurde niedergestochen und auf islamische Art hingerichtet. Um nur einen Teil der Aussagen von Msgr. Ruccero Francescini, Erzbischof von Smyrna, in seinem Interview mit dem Magazin Il Foglio zu zitieren: Auf die Frage, wie Padovese starb, äußerte er sich *"Murat Altun hatte alles genau geplant. Er vollzog einen islamischen Ritualmord. Er ging mit einer solchen Gewalt vor, dass er den Bischof fast enthauptete. So tötet jemand, der zeigen will, dass er ein wirklich radikaler Moslem ist."* (Quelle: Katholisches Magazin für Kirche und Kultur v. 14. Juni 2010)

"Es ist der Nationale Sicherheitsrat, der in alledem nicht seine Macht des Einschreitens, seine Geheimdienste und seinen bürokratischen Apparat verloren hat, und, der kemalistischen, nationalistischen Tendenzen zuzuordnen ist." Diese Aussagen hatte Padovese noch im Jahr 2006 in seinem Bericht gemacht, aus dem ich an anderer Stelle noch einmal zitieren werde.

(Quelle: Kirche in Not - + Msgr. Bischof Prof. Luigi Padovese/Iskenderun 2006)

"Die landläufige Gleichsetzung von türkischer Ethnizität mit dem Islam als Bestandteil nationaler Identität führt auch zur Ausgrenzung von christlichen Türken. Besonderer Diskriminierung sind evangelische Türken ausgesetzt. Pfarrer Ihsan Özbek, der Vorsitzende der Allianz Protestantischer Kirchen charakterisierte in einem Interview (2007) die Lage so: „Wer in der Türkei Christ ist, bezahlt einen Preis dafür. Und es wird dafür gesorgt, dass man ihn zahlt. Die Polizei nimmt einen fest, man wird gehohlet und in der Gesellschaft schlecht behandelt, man kann keine Arbeit im Öffentlichen Dienst erhalten und Sicherheitsüberprüfungen fallen negativ aus. Einzig weil man Christ ist, kommt die Polizei und belästigt dich und deine Nachbarn."

(Quelle: Dr. Tessa Hofmann in einem Bericht, veröffentlicht von der IGFM 2007)"

Diese Beispiele allein zeigen bereits, dass die Situation der Christen sich nicht wesentlich verbessert hat. Zwar berichtete ein Christ aus dem Rückkehrerdorf Kafro im Tur Abdin noch Anfang Juni 2009 in einer an mich gerichteten Mail, dass es sehr ruhig geworden sei um das Kloster, es aber "DANK" der Verfahren mehr Touristen anziehe und es deshalb "berühmter" geworden sei. Ob dieser Umstand der Berühmtheit des Klosters aber letztendlich zu einem positiven Gerichtsentscheid beitragen wird, bleibt bis zum

Abschluss auch der letzten Verhandlungen unbeantwortet.

Der Optimismus der Rückkehrer ist groß. Doch was wird sein, wenn es dem türkischen Staat gelingen sollte, das Kloster zu enteignen und zu einem staatlichen Museum umzuwandeln? Der Unionsfraktionsvize Johannes Singhammer selbst hat nach seinem Besuch in der Türkei Ende Mai gegenüber dem CSU-nahen Blatt Münchner Merkur geäußert, „der Staat wolle christliche Bauwerke allenfalls als Sehenswürdigkeiten erhalten, verhindere aber die Entfaltung des religiösen Lebens.“

(Quelle: Münchner Merkur, 04. Juni 2010)

Das würde bedeuten, dass auch die Rückkehrer früher oder später erneut die Opfer einer verstärkten Vertreibungspolitik sein werden und ihre mühsam neu errichteten Dörfer und Kirchen wieder der Zerstörung und dem Verfall entgegensehen. Diese Dramen der menschlichen Geschichte müssen sich aber nicht zwangsläufig wiederholen.

Es stellt sich nun also die Frage, wie man einen Konsens mit der Türkei erreichen kann, um die letzten verbliebenen Klöster vor dem Untergang zu retten und den Menschen eine gute, dauerhafte und sichere Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Wie die Reaktion auf den partiellen Sieg der Christen im Streit um die Grundstücksgrenzen gezeigt hat, ist hier aber noch längst keine Bereitschaft zu einer fairen Akzeptanz der Christen von kurdischer Seite erkennbar, die von der türkischen Regierung instrumentalisiert wurde. Und genauso wenig ist diese von türkischer Seite vorhanden. Es reicht längst nicht aus, ein Nebeneinander zu tolerieren, aber die Christen ihrer Menschenrechte zu entheben, die jedem Erdenbürger von Geburt an zustehen – nämlich das Recht auf Freiheit und die Achtung seiner

Menschenwürde. Kein Mensch ist als Mensch "Zweiter Klasse" geboren worden. Der Mensch entstammt demselben Ursprung.

Es muss eine Basis geschaffen werden, die die Christen den Moslems in der Türkei gleichstellt. Das Recht auf Freiheit ist jedem Menschen angeboren und weder von Staatsmännern noch Juristen bestimmbar.

Es muss jeder Glaube, wenn er mit Rücksichtnahme und Respekt gegenüber anderen Menschen und Religionen gelebt wird, toleriert und unterstützt werden. Nur ein funktionierendes Miteinander kann Probleme lösen und Katastrophen wie einen erneuten Völkermord an den Christen in der Türkei verhindern. Aber, und dies ist mit eines der wesentlichsten Dinge, die die Christen zu Recht fordern und was beweisen würde, dass der Türkischen Regierung wirklich an einem Frieden und einer Einigung zwischen den Völkern gelegen ist, das wäre die offene Anerkennung und Entschuldigung für den Genozid von 1915 an den Syrischen Christen, Armeniern und Pontos-Griechen.

Dies auch im Sinne der Türkei, damit diese auch letztendlich mit der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit abzuschließen in der Lage ist.

Es muss seitens der türkischen Regierung ein Signal kommen, nun endlich die im Lausanner Vertrag von 1923 festgeschriebenen Regeln vollumfänglich zu erfüllen. Dies im Sinne einer nicht nur geschriebenen Gleichbehandlung aller Christen und nicht nur einzelner anerkannter christlichen Glaubensgemeinschaften, sondern auch durch religiös und gesellschaftlich manifestierte Anerkennung und Förderung der Christen, sowohl der Assyrer als auch anderer unterdrückter Völker in der Türkei.

Der erste Schritt der Türkei, eine Bereitschaft zur Anerkennung der christlichen Werte auch dort zu zeigen, wäre der, eine positive Entscheidung für das Kloster Mor Gabriel nun auch im Berufungsverfahren sowie im strafrechtlichen Verfahren zu treffen– bisher gab es auch in dieser Hinsicht nur Verzögerungen, da das Verfahren um den Staatsforst und das Strafverfahren bezüglich der Klostermauer unmittelbar in Zusammenhang stehen -, die Sicherung der Lebensgrundlagen der Christen ohne Einschränkungen möglich zu machen und die Gleichsetzung aller Christen in der Türkei in jeder Hinsicht zu realisieren, auch im Bereich von Bildung und Politik. Nur dann könnte Erdogan seine Glaubwürdigkeit allen EU-Staaten gegenüber demonstrieren.

D.h. es muss letztlich erreicht werden, dass auch Bildung der Christen bis in die letzten Winkel des Landes ermöglicht wird. Und dazu ist es eine nicht zu umgehende Tatsache, und das muss für die Türkei endlich ein Anstoß zum Umdenken sein, dass hierzu auch die religiöse Bildung verschiedener Glaubensrichtungen und Sprachen im Land nicht nur toleriert, sondern gleichwertig wie in anderen Ländern Europas gefördert und gestärkt wird.

"(...) Was in der Türkei fehlt ist eine christliche intellektuelle Elite, die in der Lage ist, in die akademische und politische Welt einzudringen..." so drückte es der römisch-katholische Bischof und apostolische Vikar in Anatolien Luigi Padovese 2006 in seinem Bericht „Bildungschancen für Christen in der Türkei“ aus.

Dass dieses Eindringen in die genannten Bereiche von türkischer Seite in Deutschland bereits massiv praktiziert wird, muss dabei nicht gesondert erläutert werden.

Allein auf diesem Wege, dass auch die Christen in der Türkei ebenfalls in entsprechenden Positionen gleichberechtigt eintreten können, kann eine Basis geschaffen werden, auch dem Extremismus so mancher gegengerichteten Organisationen wie der PKK entgegen zu wirken und vielleicht einmal den Frieden für alle Religionsgemeinschaften im Land herzustellen.

Es ist nun eine große Verantwortung, die Recep Erdogan trägt, um den Beweis dafür zu erbringen, dass seine Politik tatsächlich auf neue Impulse ausgerichtet ist, die Türkei auf uneingeschränkte Gleichberechtigung und Freiheit der Christen hinzuführen, wie sie den Moslems in den EU-Staaten ebenfalls gewährt werden. Hierzu zählen vor allem Akzeptanz und Toleranz der diversen Religionen, Unterstützung beim Bau von Kirchen im Land, ebenso wie die Förderung von Unterricht in aramäischer Sprache, wie in Deutschland auch uneingeschränkt Türkisch gesprochen, gelehrt und verbreitet werden darf, und die Menschen als Wesen eines Ursprungs zu betrachten. Denn es gibt keine Menschen zweiter Klasse! Zwar hat die EU-Kommission bereits die Einhaltung der Menschenrechte von der Türkei gefordert, doch stehen Zugeständnisse und tatsächliche Handlungen auf zwei verschiedenen Blättern.

Dass aufgrund des anhaltenden Klimas der Intoleranz den wenigen verbliebenen Christen in Südost-Anatolien eine Miniaturisierung droht, steht selbst für den Unionsfraktionsvize Johannes Singhammer außer Zweifel, der zusammen mit Vertretern der beiden großen christlichen Kirchen, Prälat Dr. Karl Jüsten, dem Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, und Prälat Dr. Bernhard Felmberg, dem Bevollmächtigten des Rates der EKD Ende Mai in der Türkei verbrachte und demonstrativ im Kloster Mor Gabriel übernachtete.

(Quelle: Münchner Merkur vom 04.Juni 2010)

Bevor ich nun zum Schluss komme, noch ein kleiner Aphorismus:

***"Das Christentum liegt im Herzen und in der Seele! Es ist kein Stück Metall, das sich durch Macht und Unterdrückung verbiegen lässt!"
Und ohne ein gewisses Maß an Herzensbildung wird auch kein Staat letztlich in Frieden funktionieren!"***

Vielen Dank!

Marianne Brückl